

UK senkt das Wahlalter auf 16: Meilenstein in der Wahlreform

Die britische Regierung plant, das Wahlalter auf 16 Jahre zu senken, um die demokratische Teilhabe zu erhöhen. Diese Reform würde Wahlen in ganz UK modernisieren und Jugendliche einbeziehen.



Die britische Regierung hat am Donnerstag angekündigt, dass 16- und 17-Jährige in sämtlichen **Wahlen im Vereinigten Königreich** das Recht erhalten sollen zu wählen. Diese bedeutende Reform soll das demokratische System des Landes grundlegend überarbeiten.

Angleichung der Wahlrechte im Vereinigten Königreich

Die geplanten Änderungen, die noch die Zustimmung des Parlaments benötigen, zielen darauf ab, die Wahlrechte im

gesamten Vereinigten Königreich mit denen in Schottland und Wales in Einklang zu bringen, wo jüngere Wähler bereits an dezentralen **Wahlen** teilnehmen dürfen.

Förderung der demokratischen Teilhabe

„Wir handeln, um Barrieren für die Teilnahme abzubauen und sicherzustellen, dass mehr Menschen die Möglichkeit haben, sich an der Demokratie im Vereinigten Königreich zu beteiligen“, erklärte die stellvertretende Premierministerin Angela Rayner in einer Stellungnahme.

Wahlbeteiligung und Trends

Laut einem parlamentarischen Bericht lag die Wahlbeteiligung bei der allgemeinen Wahl im Jahr 2024 bei 59,7 %, dem niedrigsten Wert seit 2001. Eine Untersuchung der Bibliothek des Unterhauses zeigt, dass Länder, die das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt haben, keine negativen Auswirkungen auf die Wahlergebnisse verzeichneten. Tatsächlich sei es wahrscheinlicher, dass 16-Jährige wählen gehen, als jene, die erst mit 18 wahlberechtigt werden.

Reformen der Wahlgesetzgebung

Die Labour-Partei, deren Beliebtheit in der Regierungszeit nach einem überwältigenden Wahlsieg vor einem Jahr stark gesunken ist, hatte angekündigt, das Wahlalter im Falle eines Wahlsiegs zu senken.

Erweiterung der Wählerausweise und Bekämpfung von ausländischer Einflussnahme

Die Reformen würden auch die akzeptable Form von Wählerausweisen erweitern, sodass UK-ausgestellte Bankkarten

und digitale Formate bestehender Ausweise, wie Führerscheine und Veteranenausweise, einbezogen werden. Um ausländische Einflussnahme entgegenzuwirken, plant die Regierung zudem, die Regeln für politische Spenden zu verschärfen. Dazu gehören Überprüfungen von Beiträgen über 500 £ (670 \$) von nicht eingetragenen Vereinigungen sowie die Schließung von Schlupflöchern, die von Briefkastenunternehmen ausgenutzt werden.

Details

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)